

1 **St-01**

2 **Antragsteller: Landesvorstand der NRWSPD**

3

4 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

5

6 **„Social Green Deal“ – nachhaltige Industrie als Grund-**
7 **lage für sozialen, demokratischen und ökologischen**
8 **Fortschritt**

9

10 Die Coronakrise hat uns vor Augen geführt, wie sehr
11 ganze Länder, Wirtschaftssektoren, Unternehmen
12 und Beschäftigte aufeinander angewiesen sind. Viele
13 Dienstleistungen leben von der Wertschöpfung der
14 Industrie. Aber ohne Erzieher/innen, Verkäufer/innen
15 oder Transportarbeiter/innen ist die Industrie nicht
16 produktiv. Ohne ein starkes Gesundheits- und Bildungs-
17 system sind Wirtschaft und Industrie ungeschützt und
18 krisenanfällig. Die Coronakrise zeigt uns drastisch,
19 welche Mängel unser Bildungs- und Gesundheitssystem
20 hat und wie groß Deutschlands Rückstand bei der
21 Digitalisierung ist. Sie zeigt aber auch, wo die Stärken,
22 aber auch die Schwächen in den bisherigen industri-
23 ellen Wertschöpfungsnetzwerke sind. Die Beteiligung
24 der ArbeitnehmerInnen über Mitbestimmung und
25 Gewerkschaften war und ist bei der Bewältigung der
26 Krise eine große Stärke unseres Industrie- und Wirt-
27 schäftsstandortes. So konnten dort, wo Tarifverträge
28 und Betriebsräte vorhanden sind, das Kurzarbeitergeld
29 gut genutzt oder gar aufgestockt werden. Und sie wird
30 umso wichtiger, umso mehr nach der Bewältigung der
31 akuten gesundheitlichen, sozialen und wirtschaftlichen
32 Krise der nun beschleunigte Wandel unserer Wirtschaft
33 wieder auf die Tagesordnung drängt. Denn ein weiter
34 voranschreitender Klimawandel und ein fortdauernder
35 Verlust an biologischer Vielfalt gefährden zunehmend
36 die Möglichkeiten unserer Gesellschaften, sowohl
37 heutige wirtschaftliche Herausforderungen und Krisen
38 zu lösen als auch zeitgleich auf neue Risiken reagieren
39 zu können. Und nicht zuletzt werden die in den letzten
40 Monaten schon sichtbaren Umbrüche in den globa-
41 len Handels- und Wirtschaftsbeziehungen nun noch
42 einmal verstärkt, auch das betrifft unsere exportorien-
43 tierte Industrie stark. Die bisherige Globalisierung der
44 Produktion und des Handels stößt nun immer mehr an
45 ihre Grenzen. Es zeichnet sich eine Re-Europäisierung
46 und -Nationalisierung von zentralen Kompetenzfeldern
47 und Wertschöpfungsketten ab, die gerade die export-
48 orientierten und in internationale Produktions- und
49 Entwicklungsnetzwerke eingebundenen deutschen
50 Unternehmen vor besondere Herausforderungen stellt.

51

52 Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben
53 einen ganzheitlichen Blick auf unseren Wohlstand und
54 die wirtschaftliche Entwicklung. Wir sehen Industrie als
55 einen unverzichtbaren Kern unserer Wirtschaft an, oh-
56 ne deren Wertschöpfung, Innovationskraft und Produk-
57 tion wir nicht krisenfest und zukunftsfähig sein können.
58 Uns ist gleichzeitig bewusst, dass dieser Kern ohne eine
59 gute Daseinsvorsorge und leistungsfähige Infrastruktur

Empfehlung der Antragskommission:
Annahme

60 nicht produktiv sein kann. Eine aktive Industriepolitik ist
61 somit eine notwendige Ergänzung einer fairen Sozial-,
62 einer schützenden Arbeitsmarkt- und einer offensiven
63 Bildungs-, Forschungs- und Innovationspolitik sowie ei-
64 ner ambitionierte Klima- und Umweltschutzpolitik.

65
66 Im Folgenden wollen wir darlegen, welche Vorstellun-
67 gen die Sozialdemokratie für eine aktive und nach-
68 haltige Industriepolitik hat, die dafür sorgt, dass un-
69 sere Industrie modernisiert wird und zukunftsfeste,
70 gute Arbeitsplätze erhalten werden oder neu entste-
71 hen können. Wir wollen eine aktive Industriepolitik in
72 Nordrhein-Westfalen, die eingebettet ist in eine deut-
73 sche und europäische Industriepolitik mit den glei-
74 chen Zielen: sozialen, demokratischen und ökologi-
75 schen Fortschritt für alle voranzutreiben. Wir brauchen
76 einen „Social Green Deal“.

77
78

79 **I. Industrieller Kern – zur Bedeutung der Industrie für** 80 **die Wirtschaft in NRW**

81
82 Die Wirtschaft Nordrhein-Westfalens hat einen star-
83 ken industriellen Kern. 20% der Wertschöpfung unserer
84 Wirtschaft entsteht durch die Industrie und rund 20%
85 aller Beschäftigten in Nordrhein-Westfalen arbeiten in
86 der Industrie, das sind etwa 1,3 Mio. Menschen. In den
87 besonders energieintensiven Industrien wie der chemi-
88 schen Industrie, der Papier- und Glasindustrie oder der
89 Stahlerzeugung und -verarbeitung arbeiten allein über
90 400.000 Beschäftigte in NRW. Darüber hinaus hängt
91 ein erheblicher Anteil von Arbeitsplätzen im Bereich der
92 Dienstleistungen von Aufträgen und der Wertschöp-
93 fung der Industrie ab. 25 % aller in Deutschland tätigen
94 Personen in den unternehmensnahen Dienstleistungen
95 arbeiten in NRW. Die Industrie ist auch im 21. Jahrhun-
96 dert immer noch ein zentraler Baustein für den Wohl-
97 stand unseres Landes. Unser Ziel ist daher, Strukturwan-
98 del so zu gestalten, dass wir die Herausforderungen von
99 Klimawandel, technologischem Fortschritt und Teilha-
100 be so meistern, dass wir unsere Wettbewerbsfähigkeit
101 und unseren Wohlstand steigern.

102
103 Viele Industrieunternehmen in NRW verfügen insbe-
104 sondere durch ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter
105 über umfassende Kompetenzen, die durch aktive poli-
106 tische Unterstützung und entsprechende Maßnahmen
107 der Landespolitik für eine aktive Gestaltung des Struk-
108 turwandels genutzt werden können. Bislang überwie-
109 gen bei den Innovationen in NRW oftmals die Prozess-
110 vor den Produktinnovationen, was zu Rationalisierun-
111 gen, aber weniger zum Erschließen neuer Wachstumsmärkte führt. Hier ist landespolitisch ein langer Atem gefragt, es bedarf einer langfristig angelegten Strategie für die Fortentwicklung bestehender industrieller Wertschöpfungsstrukturen und Cluster entlang der Leitmärkte der Zukunft, damit es auch wieder vermehrt zu Produktinnovationen kommt und diese sinnvoll mit

118 Prozess- und Dienstleistungsinnovationen verbunden
 119 werden können. Dazu braucht es neben einer kontinu-
 120 ierlichen Qualifizierung der Beschäftigten zum einen
 121 die verstärkte Kooperation von Gründern, Startups und
 122 Wissenschaft auf der einen und dem industriellen Mit-
 123 telstand auf der anderen Seite. Und zum anderen müs-
 124 sen regionale Clusterstrukturen gefördert werden, die
 125 eine positive Aufwärtsdynamik durch räumliche Nähe
 126 und durch einander ergänzende Wertschöpfungsstu-
 127 fen erzeugen können. So können etwa die bestehen-
 128 den Stärken im Bereich Medien und IT zwischen Düssel-
 129 dorf, Köln und Bonn die industriellen Schwerpunkte z.B.
 130 bei Metallverarbeitung, Maschinenbau und Automotiv-
 131 e in Ostwestfalen, Südwestfalen und dem Bergischen
 132 Land oder der Grundstoffindustrie bei Chemie und Stahl
 133 im Ruhrgebiet und entlang des Rheins ergänzen. Es ist
 134 notwendig, Innovationen bis hin zur Marktreife zu för-
 135 dern, damit nicht nur Ideen, sondern vor allem Produk-
 136 te „Made in NRW“ im In- und Ausland verkauft wer-
 137 den. Des Weiteren ist die große Abhängigkeit von po-
 138 litischen Entscheidungen in politisch instabilen Staaten
 139 und damit zusammenhängenden, instabilen Lieferket-
 140 ten soweit wie möglich zu verringern, indem Grundstof-
 141 fe, die für systemrelevante Bereiche wesentlich sind,
 142 beispielsweise in der Grundstoffchemie oder in der Arz-
 143 neimittelproduktion, wieder verstärkt in Deutschland
 144 und in Europa produziert werden. Nordrhein-Westfalen
 145 kann als zentrale Chemieregion Europas einen wesent-
 146 lichen Beitrag hierzu leisten. Zirkuläre Wertschöpfung,
 147 in der der Rohstoffkreislauf geschlossen wird und dazu
 148 alle Wertschöpfungsstufen vom Design, über die Pro-
 149 duktion, den Konsum bis hin zur Reparatur und Wie-
 150 derverwertung umorganisiert werden, ist ebenso ein
 151 wichtiger Ansatz, um die Abhängigkeit von Rohstof-
 152 fimporten zu verringern, hierzulande Arbeitsplätze zu
 153 schaffen und den Ressourcenverbrauch zu senken. Vie-
 154 le nordrhein-westfälische Unternehmen sind hier schon
 155 auf einem guten Weg, nicht zuletzt dank der bereits zu
 156 unserer Regierungszeit in Land und Bund angestoße-
 157 nen öffentlichen Unterstützung in Forschung und Ent-
 158 wicklung. Gerade in der Chemieindustrie in NRW wer-
 159 den interessante Ansätze für eine Kreislaufökonomie
 160 mit Miet-, Leasing- und Pfandmodellen für chemische
 161 Produkte entwickelt.

162

163 **II. Wandel von Technologie und Gesellschaft – was Ver-**
 164 **änderung antreibt**

165

166 Die Industrie steht europaweit und besonders in
 167 Nordrhein-Westfalen vor einem tiefgreifenden Wandel.
 168 Die soziale Spaltung in und zwischen den Gesell-
 169 schaften hat zugenommen, die reichsten 1% verfügen
 170 bald wieder über einen annähernd so großen Anteil
 171 am Volksvermögen wie vor dem 1. Weltkrieg, und
 172 das in fast allen westlichen Industrieländern. Wel-
 173 che schrecklichen Folgen eine so dramatische soziale
 174 Spaltung haben kann, haben die Krisen und Kriege in
 175 der ersten Hälfte des 20. Jh. gezeigt. Diesen Trend gilt

176 es daher umzukehren. Die Erderwärmung erfordert
 177 größere Anstrengungen zu mehr Klimaschutz von
 178 der Weltgemeinschaft. Daneben nimmt auch der
 179 Rückgang der biologischen Vielfalt Einfluss auf die
 180 Entwicklung in allen Lebens- und Wirtschaftsberei-
 181 chen. Die Digitalisierung erfasst immer mehr Bereiche
 182 und verändert Prozesse und Wertschöpfungsketten.
 183 Globale Handelskonflikte nehmen aufgrund der sehr
 184 ungleichen Verteilung von Gewinnen und Lasten der
 185 Globalisierung zu. Die demografische Entwicklung
 186 in den Industriestaaten verändert die Arbeitsmärkte
 187 und Fachkräftebasis auch für die Industrie. Diese
 188 Herausforderungen sind unleugbar, Aufgabe der
 189 Sozialdemokratie ist es daher nicht, notwendige Verän-
 190 derungen zu stoppen oder gar rückgängig zu machen.
 191 Aufgabe der Sozialdemokratie als Strukturwandelpar-
 192 tei ist es, diese Herausforderungen so zu gestalten, dass
 193 wir zum Wohle der Menschen lösen. Das rigorose und
 194 kompromisslose gegeneinander stellen der Heraus-
 195 forderungen mit sozialen und wirtschaftlichen Fragen
 196 wird der Verantwortung von Politik nicht gerecht und
 197 hilft nur Populisten. Wir müssen Lösungen finden, die
 198 Vertrauen in Veränderung aufbauen.

199
 200 Seit der Wirtschaftskrise 2008/2009 hat sich in Euro-
 201 pa an vielen Stellen die Erkenntnis durchgesetzt, dass
 202 Wohlstand dauerhaft mit industrieller Wertschöpfung
 203 eng verknüpft ist. Die insgesamt positive Entwicklung
 204 in Deutschland seit dem Jahr 2011 wird nicht zuletzt
 205 auch auf die leistungsfähige und produktive Industrie
 206 zurückgeführt. Gleichwohl haben die Entwicklungen ab
 207 2016 im Zuge des Austritts Großbritanniens aus der Eu-
 208 ropäischen Union (EU), der zunehmenden Handelskon-
 209 flikte zwischen USA einerseits und der EU sowie vor al-
 210 lem China andererseits zu einer erheblichen Verunsie-
 211 cherung der stark exportabhängigen Industrie beige-
 212 tragen. Die Rekorde beim Leistungsbilanzüberschuss,
 213 die nicht zuletzt auf die exportorientierte Industrie zu-
 214 rückzuführen sind, werden hier zum Bumerang. Zudem
 215 zeichnen sich sowohl seitens der USA als auch von China
 216 aggressive nationale Strategien zur Verteidigung bzw.
 217 Erreichung von Technologieführerschaft in modernen
 218 Industriebereichen ab. Dies könnte die technologische
 219 Spitzenposition der deutschen Industrie untergraben.
 220 Dabei werden zunehmend auch Unternehmensüber-
 221 nahmen, strategische Beteiligungen und Technologielö-
 222 sungen mit Blick auf Know-how-Transfer und die Kon-
 223 trolle über kritische physische und virtuelle Infrastruk-
 224 turen hinterfragt.

225
 226 Nicht zuletzt diese Entwicklungen haben in Deutsch-
 227 land, aber auch in der Europäischen Union zu einer
 228 neuen Debatte über eine aktive Industriepolitik ge-
 229 führt. Mit Vorlage des European Green Deal als „neuer
 230 Wachstumsstrategie“ Ende 2019 und einer neuen euro-
 231 päischen Industriestrategie im März 2020 hat die EU-
 232 Kommission angesichts der vielfältigen aktuellen Her-
 233 ausforderungen einige wichtige Weichen für die Zu-

234 kunft des Industriestandorts Europa gestellt.. Die Bun-
 235 desregierung sollte vor diesem Hintergrund aktiv ei-
 236 ne sozial-ökologische Industrie- und Energiepolitik in
 237 Deutschland vorantreiben und – gerade auch im Rah-
 238 men der besonderen Verantwortung angesichts der ak-
 239 tuellen deutschen EU-Ratspräsidentschaft – bei ande-
 240 ren Mitgliedstaaten dafür werben. Dabei darf es je-
 241 doch nicht nur um – unbestritten wichtige – Großunter-
 242 nehmen gehen, sondern gerade der höchst innovative
 243 und global agierende Mittelstand als Rückgrat der breit
 244 aufgestellten deutschen und nordrhein-westfälischen
 245 Industrie sollte dabei stärker in den Blick genommen
 246 werden. Eine klare Zielorientierung, für welche gesell-
 247 schaftlichen Zukunftsherausforderungen welche Tech-
 248 nologiefelder durch welche Maßnahmen dabei unter-
 249 stützt werden sollen, wird in der Strategie nur unzu-
 250 reichend deutlich. Auch die schwarz-gelbe Landesregie-
 251 rung lässt hier in ihren „industriepolitischen Leitlini-
 252 en“ die klare Orientierung der Industriepolitik an gesell-
 253 schaftlich wünschenswerten und nützlichen Zielen ver-
 254 missen. Ganz dem Motto „Privat vor Staat“ verpflichtet,
 255 spricht sie zwar über die Themen Digitalisierung und
 256 Klimaschutz, überlässt es aber weitgehend den privaten
 257 Unternehmen, wie und ob sie die damit verbundenen
 258 Herausforderungen angehen.

259
 260 Der Schutz des Klimas ist eine globale Herausforde-
 261 rung. Auf der Weltklimakonferenz 2015 in Paris haben
 262 sich die Staaten der Welt dazu verpflichtet, die Erder-
 263 wärmung auf deutlich unter 2 °C und möglichst auf
 264 1,5 °C zu begrenzen. Um dieses Ziel zu erreichen, muss
 265 die Welt bis zur Mitte des Jahrhunderts treibhausgas-
 266 neutral zu sein. Mit dem Klimaschutzgesetz, das der
 267 Bundestag im Dezember 2019 beschlossen hat, verfolgt
 268 Deutschland – ebenso wie die Europäische Union (EU)
 269 – das Ziel, bis 2050 Treibhausgas-Neutralität zu errei-
 270 chen. Durch die Corona-Krise erleben wir gegenwärtig
 271 einen kurzfristigen Rückgang der weltweiten CO2-
 272 Emissionen, bedingt durch Produktionsrückgänge, ein-
 273 geschränkte Nahmobilität und weniger Reisen. Dieser
 274 Rückgang der CO2-Emissionen ist aber nicht nachhal-
 275 tig – eine (Wirtschafts-)Krise ist kein schlüssiges Kli-
 276 maschutzkonzept, welches mit sozialdemokratischem
 277 Anspruch vor allem soziale und ökologische Aspekte
 278 verbinden und zu guten Lösungen für die Wirtschaft
 279 und die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in un-
 280 serem Land kommen muss. Notwendig ist kein zeit-
 281 weiliger, sondern ein struktureller Rückgang der CO2-
 282 Emissionen und eine strukturelle Transformation unse-
 283 rer Wirtschaft, die klare Ziele, Verlässlichkeit, Zeit und
 284 staatliche Unterstützung braucht. Klimaschutzpolitik
 285 wird nur dann erfolgreich sein und auch ausreichen-
 286 de Akzeptanz gerade bei Unternehmen und Beschäf-
 287 tigten finden, wenn sie national in Deutschland Wohl-
 288 stand garantiert und Wirtschaft und Industrie und da-
 289 mit die Voraussetzungen für materielle Teilhabe stärkt.
 290 Klimaschutz muss auch ökonomisch ein erfolgreiches
 291 Exportprodukt deutscher Unternehmen sein Die CO2-

292 Reduktion sowie Dekarbonisierung unserer Industrie
293 bedeutet einen umfassenden Transformationsprozess.
294 Das erfordert Investitionen sowie enorme Forschungs-
295 und Entwicklungsleistungen. Und es bedeutet Innova-
296 tionen sowie große Umstrukturierungen in industriellen
297 Prozessen und Wertschöpfungsketten.

298
299 Zeitgleich findet mit der Digitalisierung eine eben-
300 falls grundlegende technologische Umgestaltung statt,
301 die alle Industriebereiche erfasst. Führende deutsche
302 Industrieunternehmen versuchen durch eigene Platt-
303 formlösungen die Ausbreitung der amerikanischen Da-
304 tenplattformen in die Kernbereiche ihrer Technologi-
305 en abzuwenden. Ob im Maschinenbau, der Automobi-
306 lindustrie oder anderen Bereichen, überall verändert
307 die Digitalisierung Produktionsprozesse und Produkte.
308 Dies betrifft im Übrigen auch administrative und orga-
309 nisatorische Prozesse und die dort Beschäftigten. Unter
310 dem Stichwort Industrie 4.0 entwickeln auch nordrhein-
311 westfälische Industrieunternehmen Strategien, um die
312 Digitalisierung für bessere Kundenlösungen und höhe-
313 re Produktivität zu nutzen. Vorbildhaft ist hier das regio-
314 nale Cluster „it´s OWL“ zu nennen, in dem Arbeitgeber,
315 Beschäftigte und Wissenschaft an neuen gemeinsamen
316 Lösungen arbeiten.

317
318 Unabdingbare Voraussetzung für das Gelingen dieses
319 Wandels der Industrie in NRW ist die verstärkte Mit-
320 bestimmung und Einbeziehung der Beschäftigten. Ob
321 Dekarbonisierung der Chemie- oder Stahlproduktion
322 mit grünem Wasserstoff, Digitalisierung der Produkti-
323 on oder neue Logistikketten: ohne das Know-how und
324 die Akzeptanz in den Belegschaften ist kein erfolgrei-
325 cher Wandel denkbar. Die Industrie in Deutschland war
326 bislang gerade deswegen international so lange so er-
327 folgreich, weil ihr durch die Mitbestimmung das Zusam-
328 menführen von sozialen und technologischen Dimen-
329 sionen des Wandels gut gelingt. Eine Studie der Hans-
330 Böckler-Stiftung von 2013 zeigt auf, dass „betriebliche
331 Mitbestimmung insgesamt einen konstruktiven Beitrag
332 zur Innovativität von Unternehmen leistet“ und dass
333 „eine stärkere Betriebsratsbeteiligung mit einem höhe-
334 ren Innovationserfolg einhergeht“. Mit einem großen
335 Transformationsatlas hat die IG Metall in der gesam-
336 ten Republik den Stand beim Umgang mit den Trans-
337 formationen auf der Basis von Daten aus knapp 2.000
338 Betrieben mit rund 1,7 Millionen Beschäftigten unter-
339 sucht. Mit ernüchternden Ergebnissen. Knapp die Hälfte
340 der Betriebe haben keine oder keine ausreichende Stra-
341 tegie zur Bewältigung der Transformation. Betriebe und
342 Beschäftigte müssen sich auf neue Qualifikationen und
343 zum Teil auch neue Geschäftsmodelle einstellen. Die da-
344 zu notwendige Fähigkeit zur Veränderung ist allerdings
345 erst in Ansätzen bemerkbar. Wenn sich die Unterneh-
346 men weiterhin so defensiv verhalten, setzen sie die Zu-
347 kunft der Beschäftigten und ihrer Unternehmen aufs
348 Spiel.

349

350 **III. Bündnis für den Fortschritt – wir schaffen die Indus-**
 351 **trie von morgen**

352

353 Für die Sozialdemokratie sind soziale Gerechtigkeit, Kli-
 354 maschutz und demokratische Teilhabe Grundlage ihrer
 355 industriepolitischen Strategie. Eine angemessene Betei-
 356 lung der Arbeitnehmerinnen am Wohlstand und an
 357 den Entscheidungsprozessen in Unternehmen bleibt für
 358 uns wesentliche Grundlage für einen dauerhaft erfolg-
 359 reichen Industriestandort NRW. Ohne oder gar gegen
 360 die Beschäftigten und Belegschaften wird kein erfolg-
 361 reicher Wandel zu stemmen sein.

362

363 Wir wollen eine Politik zur Sicherung der Zukunftsfähig-
 364 keit unseres industriellen Kerns, in dem wir die Dekarbo-
 365 nisierung und Digitalisierung der Industrie voranbrin-
 366 gen, also den technologischen Fortschritt vorantreiben.
 367 Wir müssen dies trotz aller Schwierigkeiten und auch
 368 kurzfristigen Verlusten an Umsätzen und Arbeitsplät-
 369 zen in bestimmten Sektoren und Branchen tun, da an-
 370 sonsten langfristig größere Schäden und Verluste dro-
 371 hen. Ein aktives Gestalten des Wandels erlaubt aber,
 372 die negativen Folgen für die betroffenen Beschäftig-
 373 ten insgesamt zu begrenzen und neue Perspektiven
 374 zu eröffnen. Es geht um einen Wandel zu einem Bes-
 375 seren, mehr Klimaschutz, sicherer Wohlstand und ga-
 376 rantierte Teilhabe über gute, qualifizierte Arbeit. Eini-
 377 ge international tätige deutsche Konzerne wie Thys-
 378 senkrupp arbeiten bereits an der Umstellung zur kli-
 379 maneutralen Produktion von Stahl mit Hilfe von Was-
 380 serstoff und signalisieren ihr Interesse und ihre Bereit-
 381 schaft einer Umstellung ihrer bisherigen industriellen
 382 Produktion. Eine vermehrte Nachfrage nach erneuer-
 383 bare Energie für die Industrie sollte zukünftig durch
 384 NRW gedeckt werden können. Allein für die klimaneu-
 385 trale Stahlproduktion erwartet die Stahlwirtschaft ei-
 386 nen zusätzlichen bundesweiten Bedarf von mindestens
 387 130 Terrawattstunden (TWh) Strom pro Jahr bis 2050.
 388 Um ihn zu decken, wären rund 12.000 zusätzliche Wind-
 389 kraftanlagen notwendig. In 2019 sind nicht mal 300
 390 neu errichtet worden. Maßgeblich mitschuldig daran ist
 391 die schwarz-gelbe Landesregierung NRW durch ihren
 392 pauschalen Mindestabstand zwischen Windenergiean-
 393 lagen und Wohnbebauung. Klar ist, dass wir für eine
 394 auf grünen Wasserstoff umgestellte Industrie eine leis-
 395 tungsfähige Transportinfrastruktur und entsprechende
 396 internationale Produktions- und Lieferstrukturen benö-
 397 tigen, da selbst bei einer starken Ausweitung von er-
 398 neuerbarer Energie hierzulande, die notwendigen Men-
 399 gen an erneuerbarer Energie nicht erreichbar sind, um
 400 die für die Industrie nötigen großen Mengen an grünem
 401 Wasserstoff verlässlich und dauerhaft herzustellen. Wie
 402 bei der heutigen Energieversorgung auch wird es da-
 403 für internationale Handelsbeziehungen benötigen, et-
 404 wa um mit Sonnenstrom aus nordafrikanischen Staa-
 405 ten erzeugten grünen Wasserstoff zu unseren Industrie-
 406 standorten in NRW zu bringen.

407

408 In der Wende hin zu nachhaltiger Energie und Industrie
409 muss sich NRW aktiv als relevanter und mitgestalten-
410 der Akteur einbringen, sonst finden Industrieansiedlun-
411 gen und Investitionen mittelfristig dort statt, wo ausrei-
412 chend erneuerbarer Strom zur Verfügung steht. Wenn
413 NRW nicht umsteuert, vergeben wir eine riesige Chan-
414 ce, der Zukunftsmotor einer nachhaltigen Industrie zu
415 sein. Die SPD setzt sich mit Nachdruck dafür ein, dass
416 wir diese Chancen ergreifen können.

417
418

419 Eine aktive nachhaltige Industriepolitik ist zentral, um
420 die Interessen der Beschäftigten in den Zukunftssektoren
421 der Industrie zu vertreten und dabei den vom Wandel
422 negativ betroffenen Beschäftigten eine Perspektive
423 aufzuzeigen. Allein die sozialpolitische Abfederung von
424 Arbeitslosigkeit und Einkommenseinbußen durch die
425 Schrumpfung bestimmter Industriebereiche ist keine
426 moderne Interessenvertretung für die Industriearbeit-
427 nehmerschaft und vor allem keine nachhaltige Wirt-
428 schaftspolitik für die Volkswirtschaft insgesamt.

429

430 Mit einer derartigen aktiven Industriepolitik verbinden
431 wir das Ziel, ein Zukunftsbündnis zwischen Arbeitneh-
432 merinnen und Arbeitnehmern der Industrie mit denje-
433 nigen im Dienstleistungsbereich, nicht zuletzt der öf-
434 fentlichen Daseinsvorsorge, zu schmieden. In absoluten
435 Zahlen hat letzterer Bereich in den vergangenen Jahren
436 stark an Bedeutung gewonnen. Aber auch in der Indus-
437 trie und den unmittelbar verbundene Dienstleistungs-
438 beriechen bleibt die Beschäftigung hoch. Die gegensei-
439 tige Abhängigkeit der Beschäftigten, also das Erforder-
440 nis einer breiten Solidarität, ist in der Corona-Krise mehr
441 als deutlich geworden. Ohne eine ausreichende Anzahl
442 gut bezahlter, gut ausgebildeter Mitarbeiterinnen und
443 Mitarbeiter in der Krankenpflege oder der Bildung, kön-
444 nen die Beschäftigten der Industrie weder heute noch
445 in Zukunft gut arbeiten und produktiv sein. Umgekehrt
446 sind Wertschöpfung und Steuereinnahmen aus einer
447 erfolgreichen Industrie wiederum Finanzierungsgrund-
448 lage für weite Teile des Dienstleistungssektors. Die hier
449 umrissene Politik für Industrie und ihre Beschäftigten
450 muss daher ergänzt werden durch abgestimmte Vor-
451 schläge für die Dienstleistungswirtschaft und die dort
452 Beschäftigten.

453

454 Vor diesem Hintergrund setzen wir uns für eine stra-
455 tegische Industriepolitik ein, die sowohl Angebot als
456 auch Nachfrage in den Blick nimmt. Wenn man mit
457 Blick auf die derzeitigen Herausforderungen die An-
458 gebotsbedingungen positiv gestalten will, hilft es we-
459 nig, über Senkungen von Steuern und Abbau von Bü-
460 rokratie zu reden. Stattdessen muss Angebotspolitik
461 als Investitionspolitik begriffen werden: Die öffentliche
462 Hand muss beispielsweise eine flächendeckende und
463 zukunftsfähige digitale Infrastruktur anbieten. Außer-
464 dem gilt es mit risikobereiter staatlicher Grundlagenfor-
465 schung die Voraussetzungen für wirtschaftliche Inno-

466 vationen zu schaffen. Gleichzeitig muss der Staat über
 467 öffentliche Nachfrage dazu beitragen, nachhaltige Pro-
 468 dukktivität zu ermöglichen. Der Staat muss in den re-
 469 levanten Technologiebereichen auch als erster Abneh-
 470 mer innovativer Produkte eintreten beziehungsweise
 471 deren Entwicklung massiv unterstützen. Ziel der stra-
 472 tegischen Nachfrage-Politik muss die Etablierung einer
 473 global wettbewerbsfähigen Massenproduktion ökolo-
 474 gischer und sozialer Güter sein. Europa spielt als Wirt-
 475 schaftsraum mit einheitlichen Standards und Ambition,
 476 mit seinen rund 450 Millionen Verbrauchern und seiner
 477 sich in vielem ergänzenden Unternehmensstruktur da-
 478 bei eine zentrale Rolle. Die Förderung etwa der Nach-
 479 frage nach Wind- und Photovoltaikanlagen, nach Elek-
 480 trofahrrädern oder Produkten zur energetischen Sanie-
 481 rung von Gebäuden, stärkt hiesige Unternehmen in die-
 482 sem Bereich und sorgt dafür, dass vollständige Wert-
 483 schöpfungsketten auch in Zukunftsbranchen wie die
 484 der erneuerbaren Energien oder der neuen Werkstof-
 485 fe dauerhaft auch hier vorhanden sind und mit ihnen
 486 die entsprechenden Arbeitsplätze. Ein konkretes Bei-
 487 spiel für eine solche öffentlich unterstützte Förderung
 488 der Nachfrage nach klimafreundlichen Produkten und
 489 Services ist die Innovation City Bottrop.

490
 491 Es bedarf außerdem einer gezielten Entwicklung und
 492 Förderung einer zirkulären Wertschöpfung, die den Ver-
 493 brauch von Rohstoffen senkt, bereits genutzte Rohstof-
 494 fe weiterverwendet und neue nachhaltige Stoffe ent-
 495 wickelt. Dazu ist eine ganzheitliche Betrachtung über
 496 den gesamten Lebenszyklus von Produkten notwendig.
 497 Somit wird schon beim Design eines Endproduktes der
 498 gesamte Lebenszyklus über die Auswahl der geeigne-
 499 ten Werkstoffe, die eigentliche Herstellung, den Handel,
 500 die Nutzung, die Reparatur, das Einsammeln nach ab-
 501 geschlossener Nutzung und die Weiterverwertung von
 502 Produktbestandteilen und Rohstoffen bis hin zur Wie-
 503 derverwendung in neuen Produkten berücksichtigt. Zir-
 504 kuläre Wertschöpfung geht also deutlich über das Re-
 505 cyclen von Rohstoffen in einer stofflichen Kreislaufwirt-
 506 schaft hinaus. Dabei ist über den gesamten Zyklus digi-
 507 tale Kommunikation im Sinne der Industrie 4.0 ebenso
 508 notwendig wie eine intelligente Logistik.

509
 510 Um solche Ansätze zum Erfolg zu führen und die Indus-
 511 trie in Nordrhein-Westfalen dementsprechend zu mo-
 512 dernisieren, sind eine aktive Landes- und Bundespoli-
 513 tik und das engagierte Zusammenwirken von Unter-
 514 nehmen, Gewerkschaften und Wissenschaft erforder-
 515 lich. So kann der Wandel hin zu einer intelligenten In-
 516 dustrie im Interesse der Menschen in NRW und der Be-
 517 schäftigten in der Industrie gestaltet werden. Ein ent-
 518 fesselter Markt wird diesen Erfolg nicht zeitigen. Er ist
 519 ohne gesellschaftliche Ziel- und Rahmensetzung blind
 520 für die wesentlichen Zukunftsfragen, sondern hat allein
 521 den Profit und den Shareholder-Value zum Ziel allen un-
 522 ternehmerischen Handelns.

523

524 Für eine nachhaltige Industriepolitik fordern wir:

525

526 **1. Fortschritt muss sozial, demokratisch und ökologisch**
527 **sein**

528 • eine langfristig angelegte Strategie für sozial-
529 ökologische Industrie- und Energiepolitik in
530 Deutschland und NRW, die sich den gesellschaftlichen
531 Zukunftsherausforderungen umfassend stellt
532 und nur damit unseren Industriestandort sichern
533 hilft. Die bisherigen Strategien der Landesregie-
534 rung NRW und des Bundeswirtschaftsministeriums
535 greifen zu kurz und sind in Teilen sogar schädlich
536 für den Industrie in unserem Land.

537 • Einen Investitionsfonds für die sozial-ökologische
538 Transformation der Industrie in Höhe von 100 Mrd.
539 EUR für NRW, der bis 2030 konkrete Investitionen in
540 moderne und ökologisch nachhaltige Industriepro-
541 duktion unterstützt, z.B. in den Aufbau von wasser-
542 stoffbasierter Chemie- oder Stahlproduktion, Pro-
543 duktion von Fahrzeugen mit emissionsfreien An-
544 trieben oder kreislaufwirtschaftliche Ansätze, wie
545 zum Beispiel in der Aluminium- oder Kunststoff-
546 industrie. Hierbei insbesondere für energieintensi-
547 ve Industrien eine gezielte Förderung von Demons-
548 trationsvorhaben zur großtechnischen Anwendung
549 von Technologien und Verfahren für eine möglichst
550 weitgehende und dauerhafte Reduzierung prozess-
551 bedingter Treibhausgasemissionen.

552 • Entwicklung und Umsetzung des Instruments Car-
553 bon Contracts for Difference (CfD) durch den Bund.
554 Klimaschutzverträge zwischen einzelnen Unter-
555 nehmen und dem Staat nach dem Prinzip CfD sol-
556 len zu einem neuen Finanzierungsinstrument wer-
557 den, um die Markteinführung innovativer und kli-
558 mafreundlicher Prozesstechnologien insbesondere
559 in der energieintensiven Industrie zu unterstützen.

560 • Gemeinwohlorientierte Förderung von KI in Bund
561 und Land.

562 • Eigene öffentliche Infrastruktur bei Clouddiensten
563 und damit verbundener physischer digitaler Infra-
564 struktur.

565 • Aufbau einer Digitalagentur zur Regulierung mono-
566 polistischer digitaler Märkte und Unternehmen auf
567 Bundesebene.

568 • Regulierung von privaten digitalen Plattformen so-
569 wie Stärkung des Wettbewerbs durch die gesetz-
570 liche Stärkung der Interoperationalität sowie den
571 Aufbau öffentlicher und genossenschaftlich orga-
572 nisierter Plattformen für Konsum, Dienstleitungen
573 und Industrie, um die digitale Souveränität in Euro-
574 pa zu wahren und auszubauen.

575 • Die besondere Förderung von open-source-
576 Ansätzen, durch verstärkte Forschungsförderung
577 und die besondere Berücksichtigung bei öffentli-
578 chen Beschaffungen des Landes und des Bundes.

579 • Zur Vermeidung von umweltbedingten Marktver-
580 zerrungen („carbon leakage“) müssen Grenzaus-
581 gleichsmechanismen für CO2-Emissionskosten auf

- 582 europäischer Ebene geschaffen werden.
- 583 • Die Förderung von zirkulärer Wertschöpfung zur Re-
- 584 duzierung der Abhängigkeit von Rohstoffimporten
- 585 und gleichzeitig Reduktion des absoluten Rohstoff-
- 586 verbruchs bei Steigerung der hiesigen Wertschöp-
- 587 fung durch Land und Bund.
- 588 • Aufbau einer Wasserstoffgesellschaft NRW in
- 589 Verbindung mit einer „Wasserstoffstrategie NRW
- 590 2030“ zum Ausbau der Infrastruktur und Elektroly-
- 591 sen, um eine sichere Versorgung zu ermöglichen.
- 592 Wir halten nur Wasserstoff, der auf Basis erneu-
- 593 erbarer Energien hergestellt wurde („grüner“
- 594 Wasserstoff), auf Dauer für nachhaltig. Wir wollen
- 595 das technologische Know-How, die vorhande-
- 596 nen (Transport-)Infrastrukturen und industriellen
- 597 Anwendungen, die derzeit noch mit „grauem“
- 598 Wasserstoff betrieben werden, als Basis für den
- 599 Umstieg auf eine gänzlich klimaneutrale Wasser-
- 600 stoffwirtschaft nutzen und diese weiterentwickeln.
- 601 Das ist günstiger und geht schneller, als wenn diese
- 602 Strukturen zunächst zurückgebaut und stillgelegt
- 603 werden, um sie dann bei ausreichend verfügbaren
- 604 Mengen „grünem“ Wasserstoff wiederaufzubauen.
- 605 Im Zuge dieses Umstiegs wird zunächst auch
- 606 CO₂-neutralen (z.B. „blauer“ oder „türkiser“) Was-
- 607 serstoff eine große Rolle spielen. Lock-In Effekte
- 608 müssen dabei verhindert werden.
- 609 • wir wollen, dass bis 2030 in NRW 30% des Gesamt-
- 610 energieverbrauchs aus erneuerbaren Energien ge-
- 611 deckt wird. Auf Bundesebene bekennen wir uns
- 612 zu dem Ziel, einen Anteil von 65% am Strommix
- 613 zu erreichen, wozu NRW einen erheblichen Beitrag
- 614 leisten muss. Das bedeutet für die beiden wichti-
- 615 gsten Energieträger der Erneuerbaren einen jährli-
- 616 chen durchschnittlichen Nettozubau in NRW in Hö-
- 617 he von etwa 900 MW bei Photovoltaik und bei et-
- 618 wa 600 MW bei Windkraft; dabei soll eine verbind-
- 619 liche Ertragsbeteiligung für Bürger und Kommunen
- 620 eingeführt werden und die Flächeninanspruchnah-
- 621 me pro Kommune 10% der Potenzialfläche (Gesamt-
- 622 fläche abzüglich harter Tabubereiche) nicht über-
- 623 schreiten.
- 624 • Bezahlbare Energiepreise für Industrie und Privat-
- 625 haushalte, zum Beispiel durch die schrittweise Ab-
- 626 senkung und perspektivische Steuer- oder Kredit-
- 627 finanzierung der EEG-Umlage. Gleichzeitig ist eine
- 628 durchgehende und sichere Stromversorgung durch
- 629 die Vergütung von sicheren Stromerzeugungskap-
- 630azitäten („Leistungsmarkt“) zu gewährleisten.
- 631 • Die Stärkung der öffentlichen Verkehrsinfrastruk-
- 632 tur, insbesondere bei Binnenschifffahrt und Schie-
- 633 nenwegen sowie bei den nötigen Umschlagsplät-
- 634 zen für den trimodalen Verkehr, um die Anbindung
- 635 der Industriebetriebe zu gewährleisten und gleich-
- 636 zeitig die Emissionen im Verkehr zu reduzieren. Zu-
- 637 gleich muss NRW Pilotland werden für die Elektrifi-
- 638 zierung der Antriebe insbesondere im Güterverkehr
- 639 und Schwerlastverkehr. Für die Zukunft des emissi-

- 640 onsfreien Güterverkehrs auf der Straße und auf der
 641 Schiene muss NRW zum ShowCase für die Brenn-
 642 stoffzellentechnologie werden.
- 643 • Unsere regionale Rohstoffindustrie weiter zu för-
 644 dern und neben der Ausweitung der zirkulären
 645 Wertschöpfung auch konkrete Rohstoffgewin-
 646 nungsprojekte im Dialog mit den Gewerkschaften
 647 und Naturschutzprojekten beteiligungsorientiert
 648 voranzutreiben.

649

650 **2. Beteiligung und Regionalisierung**

- 651 • einen systematischen Ansatz für eine regionalisier-
 652 te Strukturpolitik einschließlich dazu passender Fi-
 653 nanzierungsinstrumente zu entwickeln, der die ver-
 654 schiedenen Industrien in NRW gemeinsam mit den
 655 Sozialpartnern entlang der jeweiligen regionalen
 656 und branchenspezifischen Stärken weiterzuentwi-
 657 ckeln hilft.
- 658 • Neue Initiativen zur Bewältigung der anstehenden
 659 Transformationsleistungen, z.B. Automobil- und
 660 den Chemiesektor unter Einbeziehung der Sozial-
 661 partner starten, um nach dem Vorbild der Kom-
 662 mission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäf-
 663 tigung“ für mehr Planungssicherheit und klare Rah-
 664 menbedingungen zu sorgen. Dabei sollen regiona-
 665 le Transformationsfonds helfen, die über regiona-
 666 le Transformationsagenturen in enger Abstimmung
 667 mit Unternehmen und Sozialpartnern den Struktur-
 668 wandel in den durch bestimmte Kompetenz-Cluster
 669 geprägten Regionen unterstützen und so helfen,
 670 neue Kompetenzen und neue Wertschöpfungsket-
 671 ten aufzubauen;
- 672 • das Vorbild der Innovation City Bottrop auch in wei-
 673 teren Kommunen für vergleichbare Projekte im Sin-
 674 ne einer gezielten Nachfrageförderung zu nutzen.
- 675 • Die sog. „Digital Hubs“ des Landes NRW zur regional
 676 orientierten Stärkung von Digitalisierung im NRW-
 677 Mittelstand müssen kritisch überprüft und im Sin-
 678 ne „digitaler Ökosysteme“ weiterentwickelt wer-
 679 den. Insbesondere die unternehmensübergreifende
 680 Zusammenarbeit ist dabei stärker zu fördern. Nicht
 681 zuletzt die Erfahrungen des Projektes „Arbeit 2020
 682 in NRW“ und des „Transformationsatlases“ der IG
 683 Metall sollten dabei als Grundlage für die Stärkung
 684 kooperativer, beteiligungsorientierter Neuausrich-
 685 tung von Geschäftsmodellen im industriellen Mit-
 686 telstand dienen.
- 687 • Durch die Erhöhung der Personalkapazitäten in
 688 den Genehmigungsbehörden bei den Bezirksregie-
 689 rungen und Kommunen einerseits Beteiligung von
 690 Bürgerschaft und Verbänden sicherzustellen und
 691 gleichzeitig Genehmigungsverfahren zu beschleu-
 692 nigen.
- 693 • regionale Transformationsbeiräte unter Einbezie-
 694 hung der großen und mittelständischen Industrie-
 695 unternehmen mit Sitz oder Niederlassungen in
 696 NRW sowie der Gewerkschaften und der Zivilge-
 697 sellschaft zu initiieren, um mit ihnen ihre Strategi-

698 en zur Bewältigung der beschriebenen Herausfor-
 699 derungen regelmäßig zu erörtern, passgenaue re-
 700 gionale Ansätze, Kooperationen und Initiativen zu
 701 entwickeln und so auch zur gesellschaftlichen Ak-
 702 zeptanz von Industrie beizutragen.

- 703 • Gewährleistung von resilienten Lieferketten unter
- 704 Berücksichtigung sozialer und ökologischer Stan-
- 705 dards sowie durch die Förderung und ggf. Wieder-
- 706 aufbau regionaler Cluster in NRW („Re-Shoring“)
- 707 im Sinne einer intelligenten Spezialisierung, die die
- 708 Stärken der Beschäftigten Betrieb und der Region
- 709 ansetzt.

710
 711 **3. Beschäftigte beteiligen – wirtschaftlich und demo-**
 712 **kratisch**

- 713 • Einen öffentlichen Beteiligungsfonds „Zukunft.In-
- 714 dustrie.NRW“ mit einem Mindestumfang von 10
- 715 Mrd. EUR unter Einbeziehung der Sozialpartner und
- 716 ggf. unter Beteiligung privater Kapitalgeber zur Si-
- 717 cherung oder dem Aufbau von Industriebetrieben
- 718 und ihrem technologischen Know-How auf Landes-
- 719 ebene, der ähnliche Fonds der anderen Bundeslän-
- 720 der und des Bundes ergänzt. Das Modell der „Best-
- 721 Owner-Group“, die derzeit auf Initiative der IG Me-
- 722 tall für mittelständische Automobilzulieferer ent-
- 723 wickelt wird, kann dabei vorbildhaft sein und bedarf
- 724 der Unterstützung durch die öffentliche Hand.
- 725 • Die Gewährung von Fördermitteln des Landes NRW
- 726 konsequent an die Einhaltung von Tarif- und Mitbe-
- 727 stimmungsrecht zu knüpfen.
- 728 • Stärkung von Mitbestimmungsrechten von Ge-
- 729 werkschaften und Betriebsräten im digitalen Wan-
- 730 del, u.a. durch eine öffentlich kofinanzierte Trans-
- 731 formationsberatung für Betriebsräte in betroffenen
- 732 Branchen und verstärkte Mitbestimmung bei der
- 733 Einführung und der Ausgestaltung digitaler Techno-
- 734 logien.
- 735 • Beteiligung der Beschäftigten an der Transformati-
- 736 on: Betriebliche Zukunftsvereinbarungen, die Ver-
- 737 abredungen für mittel- und langfristige Investi-
- 738 tionsentscheidungen, zum Kündigungsschutz und
- 739 zur Personalentwicklung, Einbringen in Produkt-
- 740 und Prozessinnovation.
- 741 • Ausweitung des Transformationskurzarbeitergel-
- 742 des zur Umschulung von Beschäftigten aus langfris-
- 743 tig schrumpfenden Sektoren der Industrie
- 744 • Weiterqualifizierung zur Stärkung der Transforma-
- 745 tionsfähigkeit der Arbeitnehmer*innen, indem das
- 746 Recht auf lebensbegleitendes Lernen und indivi-
- 747 duelle Ansprüche auf Weiterbildung sichergestellt
- 748 werden.
- 749 • Eine starke, politische Beteiligung der Sozialpart-
- 750 ner bei Transformations- und Strukturwandelpro-
- 751 zessen – beispielsweise im rheinischen Revier und
- 752 dem Ausstieg aus der Braunkohleverstromung.